Integrationshelfer an der OGS

§ 9 Abs. 3 Satz 1 SchulG:

Der Schulträger kann mit Trägern der öffentlichen und der freien Jugendhilfe und anderen Einrichtungen, die Bildung und Erziehung fördern, eine weiter gehende Zusammenarbeit vereinbaren, um

außerunterrichtliche Angebote

vorzuhalten (Offene Ganztagschule).

Rechtliche Grundlagen der Eingliederungshilfe

§ 35a Sozialgesetzbuch VIII

- bei seelischer Behinderung und drohender seelischer Behinderung
- Zuständigkeit obliegt den Jugendämtern

§ 53 Sozialgesetzbuch XII

- Behinderte Personen oder von Behinderung bedrohte Personen
- Zuständigkeiten obliegt den Sozialhilfeträgern

Leistungen der Eingliederungshilfe u. a.

- Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
- Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung

Für Leistungen der ambulanten
Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII
ist grundsätzlich

kein

Kostenbeitrag durch die Eltern zu leisten

Bei Leistungen der Eingliederungshilfe im Rahmen der Sozialhilfe

Kommt es grundsätzlich darauf an, ob dem Kind und seinen Eltern die Aufbringung der Mittel aus dem Einkommen und Vermögen zuzumuten ist (§ 19 Abs. 3 SGB XII).

Leistungen der Eingliederungshilfe u. a.

- Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
abhängig von Einkommen und Vermögen
- Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung
*nur die Kosten des Lebensunterhaltes
sind selbst aufzubringen*

Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung

§ 12 Nr. 1 EinglVO:

Die Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung umfasst auch heilpädagogische sowie sonstige Maßnahmen zu Gunsten körperlich und geistig behinderter Kinder und Jugendlicher, wenn die Maßnahmen erforderlich und geeignet sind, dem behinderten Menschen den Schulbesuch im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht zu ermöglichen oder zu erleichtern.

Es ist daher individuell für jeden Schüler zu prüfen:

ob aufgrund der individuellen (gesundheitlichen) Situation

im Rahmen der OGS Maßnahmen erbracht werden,

die geeignet und erforderlich sind,

den (Pflicht-) Schulbesuch zu ermöglichen oder zu erleichtern.

Ein einheitliches Verfahren zur Finanzierung von Integrationshelfern an der OGS kann es aufgrund der unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen daher nicht geben.

Bielefeld

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!